

## KURZ UND PRÄGNANT

### Bessere Vergütung

Jörg Kubitzki forderte die Ärzte zur Sachlichkeit auf. Die Drohung mit Streik und Praxisschließung verunsichere die Patienten. Wenn die Honorare der Ärzte angehoben werden, müsse die höhere Vergütung auch bei dem Personal der Arztpraxen ankommen. Warum die Krankenkassen die Honorare der Ärzte nicht anheben wollen, ist dem LINKEN Gesundheitsexperten unklar mit Blick auf die von den Kassen bejubelten Überschüsse in Milliardenhöhe. „Bei all dem darf es nicht zu einer Gefährdung der ambulanten vertragsärztlichen Versorgung kommen.“ Die Honorarverhandlungen mit den niedergelassenen Ärzten sollten genutzt werden, um eine bessere Vergütung der Landärzte, die im Gegensatz zu Ärzten in der Stadt höhere Aufwendungen und Belastungen haben, zu erreichen“, schlägt der Abgeordnete vor. ■

### Prioritäten setzen

„Nicht der Straßen- und Autobahnbau sollte durch die Landesregierung priorisiert werden, sondern der Ausbau der Schieneninfrastruktur“, forderte MdL Dr. Gudrun Lukin, die sich zugleich gegen Zugstreichungen im Fernverkehr für Jena wendet. Dabei sollte es oberstes Ziel landespolitischer Aktivitäten sein, die Mitte-Deutschland-Verbindung zwischen Weimar und Gera durchgängig zweigleisig auszubauen. Es dürfe die Verbindung Ostthüringens an das Fernverkehrsnetz „nicht ausgedünnt und ab 2017 gekappt werden“, betonte die LINKE Verkehrspolitiklerin. Die steigenden Fahrgastzahlen zeigten, dass immer mehr Menschen umweltbewusst reisen und schnelle sowie durchgehende Bahnverbindungen ein wichtiger Standortvorteil sind. ■

### Wie Brandbeschleuniger

„Die Landesregierung rechnet sich die kommunale Finanzausstattung so zurecht, wie es ihr passt. Dies geht völlig am realen Bedarf der Kommunen und Landkreise in Thüringen vorbei und wirke geradezu Brand beschleunigend. Die Bedenken der Kommunen zum neuen Thüringer Finanzausgleich müssen ernst genommen werden“, fordert MdL Frank Kuschel. So sei es äußerst intransparent, frühere zweckgebundene Finanzzuweisungen, wie für Schulen oder Sozialleistungen, einfach in den allgemeinen Finanzausgleichstopf zu stecken. Der Kommunalpolitiker der Linksfraktion erwartet von der Ministerpräsidentin, dass sie die Misere um Doppelhaushalt und kommunale Finanzausstattung im Rahmen ihrer Richtlinienkompetenz auflöst. ■

# Mauer aus Ignoranz und Verharmlosung

Opfer nicht zu Tätern machen und antifaschistische Gruppen nicht kriminalisieren

**Als „besorgniserregende Zustandsbeschreibung“, bezeichnete die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Martina Renner, die am 31. August auf einer Pressekonferenz zum „Problem mit rechter Gewalt in Erfurt“ dargestellten Einschätzungen von Betroffenen rechter Gewalt und Beratungsstellen, wie zum Beispiel der mobilen Opferberatung EZRA.**

„Die Tatsache, dass es Gruppen von Menschen gibt, die Angstzonen in Erfurt meiden, mehrfach Opfer rechter Übergriffe wurden, ohne dass Passanten eingegriffen haben, ist beschämend und bereitet Sorge. Sorge aber nicht um das Ansehen einer Stadt, sondern um Menschen, die bereits gesellschaftlich marginalisiert und an den Rand gedrängt sind, wie Flüchtlinge, Migranten, Punks und eine linksalternative Szene, die angesichts der Häufung der Vorfälle wieder zunehmend befürchten müssen, gewalttätig angegriffen zu werden“, betonte die Abgeordnete.

Alarmierend ist die Einschätzung, dass selbst nach Bekanntwerden der NSU-Mordserie bei der Polizei noch immer keine ausreichende Sensibilisierung und Kompetenz vorherrsche. EZRA und MOBIT bestätigten damit einen am 14. August veröffentlichten Report der Amadeu-Antonio-Stiftung, dessen Autorin Marion Kraske feststellen musste, dass bundesweit Opfer rechter Gewalt und Opfervereine „gegen ei-

ne Mauer aus Ignoranz und Verharmlosung“ ankämpfen müssen. Auch für Thüringen treffe zu, dass Polizei und Strafverfolgungsbehörden die politischen Motive und die hinter den Taten stehenden Rassismus-Einstellungen oft negieren und verharmlosen.

Angesichts dieser Tatsache und der von EZRA innerhalb von 16 Monaten dokumentierten 16 Fälle von polizeilichem Fehlverhalten, sieben davon allein in Erfurt, kündigte Martina Renner die Befassung im Innenausschuss des Thüringer Landtages an: „Wir müssen darüber diskutieren, wie Polizeibeamte ausreichend ausgebildet werden, um Straftaten mit rassistischem bzw. rechtsextremem Hintergrund zu erkennen und zu bearbeiten, anstatt diese zu verharmlosen. Es muss ausgeschlossen sein, dass Opfer zu Tätern gemacht werden und antifaschistische Gruppen, die sich gegen eine Gewöhnung an neonazistische Bedrohungsräume zur Wehr setzen, zum Problem erklärt und kriminalisiert werden.“

### Diskussion über die Ursachen von Fremdenfeindlichkeit

Anlässlich des 20. Jahrestages des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen hatte Bodo Ramelow eine „viel intensivere gesellschaftliche Diskussion über die Gründe und Ursachen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ gefordert und ein Nachdenken darüber, was rassistische Tendenzen und die Ablehnung des Fremden im Alltag verstärkt,

aber auch was notwendig ist, um endlich eine aktive Willkommenskultur zu ermöglichen. Dabei dürften die Gründe von Fremdenfeindlichkeit nicht auf „Standortfragen“ reduziert werden. „Das verstellt uns den Blick auf die Ursachen und raubt uns die Kraft, im Sinne eines vielfältigen und toleranten Miteinanders Ideen von außen aufzunehmen“, so Ramelow. „Ob Dortmund oder Gera, hier und jetzt muss gemeinsam der Mär von der Überfremdung und dem „Das-Boot-ist-voll“-Gefasel entgegen getreten werden!“

### Nächste Sitzungen des Untersuchungsausschusses

Vor Beginn der nächsten Sitzungen des Landtagsuntersuchungsausschusses zum NSU-Terror forderte der Fraktionsvorsitzende: „Es muss lückenlos alles auf den Tisch und jedem Verdacht auf behördliches Fehlverhalten im Zusammenhang mit der Verfolgung von neonazistischen Straftaten nachgegangen werden.“ Durch die LINKE wurden entsprechende Beweisanträge gestellt.

*Die nächste Sitzung des Untersuchungsausschusses findet am 10. September im Landtag statt. Ab 10 Uhr Uhr wird im öffentlichen Teil die Vernehmung von Helmut Roewer fortgesetzt. Schon am nächsten Tag geht es weiter mit einer erneuten Vernehmung von Exinnenminister Richard Dewes um 13 Uhr.* ■

## Gesicht gezeigt

Erfreulich zahlreich waren Arnstädter Bürgerinnen und Bürger dem Aufruf „Gesicht zeigen!“ gefolgt und haben sich am 25. August mit einer Kundgebung auf dem Markt der Kreisstadt dem Aufmarsch von 50 Rechtsextremisten unmissverständlich entgegengestellt. Der LINKE Stadtrat Gerhard Pein hatte gemeinsam mit seinem Bruder Albrecht Pein (SPD) auf die kurzfristig bekannt gewordene Ankündigung der Neonazis reagiert und die Initiative für eine gemeinsame Gegenaktion ergriffen. Gerhard Pein leitete auch die Kundgebung, zu der alle im Stadtrat vertretenen Parteien und Wählervereinigungen sowie das Bündnis gegen Rechtsextremismus Arnstadt und die evangelisch-lutherische Kirchgemeinde aufgerufen hatten.

Deutliche Worte von Petra Enders, LINKE Landrätin des Ilmkreises, beim Arnstädter Bürgerprotest: Wir zeigen Gesicht zeigen gegen menschenverachtenden Ungeist, für eine politische Kultur gegenseitiger Achtung! Rechte Parolen dürfen nicht unwidersprochen bleiben! NSU-Terror, 20 Jahre „Rostock-Lichtenhagen“ - der Schoß ist



fruchtbar noch, aus dem das kroch.

Und Gerhard Pein betonte, dass er sich freue, dass wir in Arnstadt mit Alexander Dill - er hatte alles bestens mit organisiert und feuerte den Bürger-Protest an - „einen Bürgermeister haben, der uns so aktiv unterstützt“. Frank Kuschel, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Stadtrat, sagte am Rande der Veranstaltung, es sei deutlich geworden, dass die Bürger auf solch ein gemeinsames Signal gegen Neonazis gewartet haben. Und seine Landtagsfraktions-Genossin Martina Renner verwies darauf, dass es keinen Grund zur Entwarnung gebe, die Zah-

len rechtsextremistischer Gewalt seien im ersten Halbjahr angestiegen. Zu den Rednern auf der Kundgebung hatte auch Prof. Dr. Reinhard Schramm aus Ilmenau gehört, stellvertretender Vorsitzender der Jüdischen Landesgemeinde. Auch er zeigte sich erfreut von diesem „wichtigen Erfolg für Arnstadt; Bürgermeister und Landrätin haben die Absicht der Rechtsextremisten zerstört“. Diese sei nicht nur für Minderheiten gefährlich, „sie bedroht unsere ganze Gesellschaft“. „Weder in Arnstadt noch in der EU dürfen wir Rechtsextremisten dulden“, betonte Schramm. A. Rudolph ■